

1.700,- Euro Mindestlohn



Foto: © Tzipora Eliazar

ARBEIT ist unser Thema



www.noe.spoe.at

Anfang des Jahres startete die SPÖ NÖ ihre Kampagne „Arbeit ist unser Thema“, um Vorschläge zu unterbreiten, die Arbeitslosigkeit bekämpfen und die Situation der arbeitenden Menschen verbessern sollen.

„Neben Vollbeschäftigung und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit fordern wir einen Mindestlohn von 1.700 Euro brutto in allen Kollektivverträgen für einen Vollzeitjob – denn viele Menschen in unserem Land arbeiten voll, ohne davon anständig leben zu können“, erklärt SPÖ NÖ Landesparteivorsitzender Mag. Matthias Stadler. In Niederösterreich sind 188.000 Menschen armutsgefährdet. Knapp jeder Vierte dieser Betroffenen kommt trotz eines Arbeitsplatzes nicht über die Runden.

Über 800.000 Menschen würden profitieren

Dieser Mindestlohn soll gemeinsam mit den Gewerkschaften in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden. Derzeit haben etwa 25 Prozent der Beschäftigten weniger, das sind fast 800.000 unselbständig Beschäftigte. 270.000 Menschen (zwölf Prozent der Vollzeitbeschäftigten) verdienen sogar weniger als 1.500 Euro brutto. Am meisten profitieren würden von der Anhebung der Mindestlöhne Frauen, Junge

und Personen mit geringer Ausbildung, die derzeit am häufigsten niedrigere Einkommen haben.

Mindestlohn in Kollektivverträgen verankern

„Wir wollen – ebenso wie die Gewerkschaften – die Festlegung des Mindestlohnes in allen Kollektivverträgen, denn 98 Prozent der Arbeitsverhältnisse unterliegen einem Kollektivvertrag, der nur von den Sozialpartnern geändert werden kann. Ein gesetzlicher Mindestlohn könnte hingegen von der Regierung sogar mit einfacher Mehrheit abgesenkt werden, ohne dass die Gewerkschaften etwas dagegen tun könnten. Und in Krisenländern ist das zuletzt auch geschehen. Wenn wir uns daran erinnern, dass die schwarz-blaue Regierung den Eingangssteuersatz von 21 Prozent auf 36,5 Prozent angehoben hat, sehen wir, wie wichtig ein derartiges Vorgehen ist – erst durch die Steuerreform 2016 wurde der Eingangssteuersatz wieder auf 25 Prozent gesenkt“, erklärt Stadler.

Weitere Informationen unter

www.noe.spoe.at

oder unter

 [/Spoe.Niederosterreich](https://www.facebook.com/Spoe.Niederosterreich)